

# Inhaltsverzeichnis

Vorwort . . . . .	V
Abkürzungsverzeichnis . . . . .	XIII
Literaturhinweise . . . . .	XVII

## 1. Teil. Überblick über das unionsrechtliche Rechtsschutzsystem

<b>§ 1. Der Rechtsschutzauftrag des EuGH – die Rolle des Gerichtshofs im institutionellen Unionsgefüge . . . . .</b>	1
I. Die institutionelle Stellung des EuGH in der europäischen Rechtsgemeinschaft . . . . .	1
II. Der konkrete Auftrag des EuGH: Der Rechtsbegriff in Art. 19 Abs. 1 EUV . . . . .	6
III. Beschränkungen der Unionsgerichtsbarkeit . . . . .	10
1. Die Rolle des EuGH in der ehemaligen zweiten und dritten Säule der Union . . . . .	10
2. Sonstige Beschränkungen . . . . .	11
<b>§ 2. Der Aufbau der europäischen Gerichtsbarkeit . . . . .</b>	12
I. Allgemeiner Überblick . . . . .	13
II. Wichtige Rechtsgrundlagen . . . . .	14
III. Personelle Besetzung des EuGH und Kammeraufteilung . . . . .	16
1. Der Gerichtshof . . . . .	16
2. Das Gericht . . . . .	23
3. Fachgerichte . . . . .	24
4. Exkurs: Das nationale Auswahlverfahren der einzelnen Richter . . . . .	26
IV. Die Verwaltung des EuGH . . . . .	28
V. Die Sprachenregelung . . . . .	29
VI. Zuständigkeitsverteilung zwischen EuGH und EuG . . . . .	30
VII. Die Rolle der mitgliedstaatlichen Gerichte . . . . .	35
1. Nationale Gerichte als „funktionale Unionsgerichte“ . . . . .	35
2. Alleiniges Verwerfungsrecht des EuGH . . . . .	36
3. Exkurs: Das Kooperationsverhältnis der nationalen und europäischen Gerichtsbarkeit . . . . .	37
<b>§ 3. Die Auslegungsmethoden des EuGH . . . . .</b>	41
I. Allgemeine Grundsätze . . . . .	42
1. Wordtautslegung/Grammatikalische Auslegung . . . . .	42
2. Die historische Auslegung . . . . .	44
3. Die systematische Auslegung . . . . .	45
4. Die teleologische Auslegungsmethode . . . . .	46
a) Allgemeine Grundsätze . . . . .	46
b) Die Effet-utile-Auslegung als besondere Ausprägung der teleologischen Auslegung . . . . .	47
5. (Wertende) Rechtsvergleichung . . . . .	49
6. Die primärrechtskonforme Auslegung des Sekundärrechts . . . . .	49
II. Die Grenzen der Auslegungsbefugnisse und der Rechtsfortbildung . . . . .	50

<b>§ 4. Überblick über die Verfahrensarten, den Verfahrensablauf und die Entscheidungswirkungen</b> .....	54
I. Die unterschiedlichen Verfahrensarten .....	54
II. Überblick über den Verfahrensablauf .....	58
1. Verfahrenseinleitung .....	59
2. Schriftliches Verfahren .....	60
3. Mündliches Verfahren .....	61
4. Urteilsberatung und Verkündung .....	62
5. Beschleunigte Verfahren .....	64
III. Entscheidungswirkungen .....	66
<b>2. Teil. Die einzelnen Verfahrensarten</b>	
<b>§ 5. Das Vertragsverletzungsverfahren</b> .....	68
I. Überblick und Funktion .....	68
II. Zulässigkeit des Vertragsverletzungsverfahrens .....	70
1. Beteiligtenfähigkeit .....	71
2. Klagegegenstand und Klagebefugnis .....	72
3. Vorverfahren .....	73
a) Das Vorverfahren im Rahmen einer Klage nach Art. 258 AEUV .....	75
aa) Das Mahnschreiben der Kommission .....	75
bb) Die begründete Stellungnahme .....	76
b) Das Vorverfahren im Rahmen einer Klage nach Art. 259 AEUV .....	79
aa) Antrag des Mitgliedstaats und kontradicitorisches Verfahren .....	79
bb) Abschließende Stellungnahme der Kommission .....	80
4. Klagefrist .....	81
5. Form der Klageerhebung .....	82
6. Rechtsschutzbedürfnis .....	82
III. Begründetheit des Vertragsverletzungsverfahrens .....	84
IV. Die Entscheidung des EuGH .....	85
1. Feststellungsurteil .....	85
2. Die Möglichkeit eines weiteren Verfahrens und finanzieller Sanktionen .....	86
a) Berechnung der Sanktionshöhe und Vorgehensweise der Kommission .....	88
b) Zur Vollstreckbarkeit der festgesetzten Sanktionen .....	93
<b>§ 6. Die Nichtigkeitsklage privilegierter Kläger nach Art. 263 Abs. 2 AEUV</b> .....	97
I. Überblick und Funktion .....	97
II. Die Zulässigkeit der Klage privilegierter Kläger nach Art. 263 Abs. 2 AEUV .....	101
1. Beteiligtenfähigkeit .....	101
a) Aktive Beteiligtenfähigkeit .....	102
b) Passive Beteiligtenfähigkeit .....	104
2. Klagegegenstand .....	105
a) Rechtlich existente Handlung eines Unionsorgans .....	105
b) Rechtsverbindlichkeit der Handlung nach außen .....	107

3. Klagebefugnis .....	108
4. Klagegrund .....	108
a) Unzuständigkeit .....	109
b) Verletzung wesentlicher Formvorschriften .....	110
c) Verletzung der Verträge oder einer bei seiner Durchführung anzuwendenden Rechtsnorm .....	111
d) Ermessensmissbrauch .....	112
e) Verletzung des Subsidiaritätsprinzips (Subsidiaritätsrüge) .....	112
5. Klagefrist .....	113
6. Form der Klageerhebung .....	115
7. Rechtsschutzbedürfnis .....	115
III. Begründetheit der Nichtigkeitsklage nach Art. 263 Abs. 2 AEUV .....	116
IV. Die Entscheidung des EuGH .....	117
<b>§ 7. Die Nichtigkeitsklage minder- und nicht-privilegierter Kläger nach Art. 263 Abs. 3 und 4 AEUV .....</b>	<b>121</b>
I. Überblick und Funktion .....	121
II. Zulässigkeit der Klage nach Art. 263 Abs. 3 und 4 AEUV .....	122
1. Beteiligtenfähigkeit .....	122
a) Aktive Beteiligtenfähigkeit .....	122
aa) Klage der EZB, des Rechnungshofes und des AdR nach Abs. 3 .....	123
bb) Klage privater Kläger nach Art. 263 Abs. 4 AEUV .....	124
b) Passive Beteiligtenfähigkeit .....	127
2. Klagegegenstand .....	127
a) Zulässige Klagegegenstände der Klage nach Art. 263 Abs. 3 AEUV .....	127
b) Zulässige Klagegegenstände privater Kläger nach Art. 263 Abs. 4 AEUV .....	127
3. Klagebefugnis .....	129
a) Die Klagebefugnis nach Art. 263 Abs. 3 – EZB, Rechnungshof und AdR .....	129
b) Die Klagebefugnis nach Art. 263 Abs. 4 AEUV – Private Kläger .....	130
aa) Adressaten einer Handlung .....	131
bb) Nichtadressaten (unmittelbare und individuelle Betroffenheit) .....	131
(1) Betroffenheit .....	131
(2) Unmittelbare Betroffenheit .....	132
(3) Individuelle Betroffenheit .....	136
(a) Die Rechtsprechung des EuGH .....	137
(b) Die Kritik von GA Jacobs und dem EuG .....	143
(c) Stellungnahme .....	145
cc) Rechtsakte mit Verordnungscharakter .....	147
4. Klagegrund .....	150
5. Klagefrist .....	150
6. Form der Klageerhebung .....	151
7. Rechtsschutzbedürfnis .....	151
III. Begründetheit der Klagen nach Art. 263 Abs. 3 und 4 AEUV .....	151
IV. Die Entscheidung des EuGH .....	152

<b>§ 8. Die Untätigkeitsklage nach Art. 265 AEUV</b>	155
I. Überblick und Funktion	155
II. Die Zulässigkeit der Untätigkeitsklage	156
1. Beteiligtenfähigkeit	156
a) Aktive Beteiligtenfähigkeit	156
b) Passive Beteiligtenfähigkeit	157
2. Klagegegenstand	159
a) Klage der Mitgliedstaaten und der Organe der Union	159
b) Die Klage privater Kläger nach Art. 265 Abs. 3 AEUV	160
3. Klagebefugnis	163
4. Geltendmachung einer Vertragsverletzung	163
5. Vorverfahren	164
a) Die Aufforderung zum Tätigwerden	165
b) Zwei-Monats-Frist	167
c) Fehlen einer Stellungnahme des Organs	167
6. Klagefrist	168
7. Form der Klageerhebung	169
8. Rechtsschutzbedürfnis	169
III. Begründetheit der Untätigkeitsklage	170
IV. Die Entscheidung des EuGH	171
<b>§ 9. Das Vorabentscheidungsverfahren</b>	174
I. Überblick und Funktion	175
II. Zulässigkeit des Vorabentscheidungsverfahrens	179
1. Vorlageberechtigung	179
a) Gerichtsbegriff	179
b) Einzelfälle	181
2. Zulässige Vorlagefrage	183
a) Gegenstand der Vorlagefrage	183
b) Inhalt der Vorlagefrage	187
aa) Auslegungsfrage	187
bb) Gültigkeitsfrage	188
(1) Allgemein	188
(2) Verhältnis zu Art. 263 AEUV	189
3. Entscheidungserheblichkeit der Vorlagefrage	191
4. Vorlagerecht/Vorlagepflicht	193
a) Grundsatz: Freies Vorlagerecht	193
b) Ausnahme: Vorlagepflicht	196
aa) Vorlagepflicht bei Gültigkeitsfragen	197
bb) Vorlagepflicht im vorläufigen Rechtsschutz	197
cc) Vorlagepflicht letztinstanzlicher Gerichte	199
dd) Entfallen der Vorlagepflicht nach Art. 267 Abs. 3 AEUV	
im Einzelfall	202
ee) Sanktionen bei Verletzung der Vorlagepflicht	205
(1) Sanktionen durch Unionsrecht und Staatshaftung	205
(2) Innerstaatliche Sanktionen und Konsequenzen	207
c) Exkurs: Rechtsmittel gegen Vorlageentscheidungen?	210
5. Formerfordernisse der Vorlagefrage	212

6. Frist . . . . .	215
III. Entscheidung des EuGH („Begründetheit“) . . . . .	216
IV. Wirkung der Entscheidung des EuGH . . . . .	216
1. Auslegungsfragen . . . . .	217
a) Allgemeine Bindungswirkung . . . . .	217
b) Pflicht zur Rücknahme bestandskräftiger Verwaltungsentscheidungen . . . . .	219
c) Zeitliche Wirkungen . . . . .	221
2. Gültigkeitsfragen . . . . .	222
<b>§ 10. Die Amtshaftungsklage nach Art. 268 AEUV . . . . .</b>	226
I. Überblick und Funktion . . . . .	226
II. Zulässigkeit der Amtshaftungsklage . . . . .	227
1. Zuständigkeit der europäischen Gerichtsbarkeit . . . . .	227
2. Parteifähigkeit . . . . .	229
a) Aktive Parteifähigkeit . . . . .	229
b) Passive Parteifähigkeit . . . . .	230
3. Klagebefugnis . . . . .	231
4. Ordnungsgemäße Klageerhebung . . . . .	232
5. Frist . . . . .	233
6. Rechtsschutzbedürfnis . . . . .	234
a) Subsidiarität zu nationalen Rechtsschutzmöglichkeiten . . . . .	234
b) Das Verhältnis zur Nichtigkeitsklage nach Art. 263 AEUV . . . . .	235
III. Begründetheit der Amtshaftungsklage nach Art. 268 AEUV . . . . .	236
IV. Die Entscheidung des EuGH . . . . .	236
<b>3. Teil. Einstweiliger Rechtsschutz und Rechtsmittelverfahren</b>	
<b>§ 11. Einstweiliger Rechtsschutz . . . . .</b>	239
I. Überblick und Bedeutung in der Rechtsprechungspraxis . . . . .	239
II. Zulässigkeit eines Antrags auf einstweiligen Rechtsschutz . . . . .	242
1. Zuständigkeit . . . . .	242
2. Anhängigkeit des Hauptsacheverfahrens . . . . .	243
3. Keine offensichtliche Unzulässigkeit der Hauptsache . . . . .	244
4. Antragsberechtigung . . . . .	245
5. Antragsgegenstand . . . . .	245
6. Antragsbefugnis . . . . .	248
7. Form und Frist . . . . .	248
8. Rechtsschutzbedürfnis . . . . .	249
III. Begründetheit eines Antrags auf einstweiligen Rechtsschutz . . . . .	250
1. Notwendigkeit einer Anordnung . . . . .	250
2. Dringlichkeit . . . . .	251
3. Interessenabwägung . . . . .	254
IV. Die Entscheidung des EuGH . . . . .	255
<b>§ 12. Rechtsmittelverfahren . . . . .</b>	259
I. Überblick und Bedeutung . . . . .	259
II. Zulässigkeit des Rechtsmittels zum EuG bzw. zum Gerichtshof . . . . .	261
1. Zuständigkeit . . . . .	261

2. Rechtsmittelgegenstand . . . . .	261
a) Entscheidungen des EuG . . . . .	261
b) Entscheidungen des EuGöD . . . . .	261
3. Rechtsmittelberechtigung . . . . .	261
a) Entscheidungen des EuG . . . . .	261
b) Entscheidungen des EuGöD . . . . .	262
4. Rechtsmittelgründe . . . . .	263
a) Entscheidungen des EuG . . . . .	263
b) Entscheidungen des EuGöD . . . . .	264
5. Form und Frist der Rechtsmitteleinlegung . . . . .	264
6. Rechtsschutzbedürfnis . . . . .	265
III. Begründetheit des Rechtsmittels . . . . .	265
IV. Die Entscheidung des Rechtsmittelgerichts . . . . .	265
V. Das Rechtsmittel zum EuGH gegen Rechtsmittelentscheidungen des EuG (Überprüfungsverfahren) . . . . .	267
1. Zulässigkeit des Überprüfungsverfahrens . . . . .	267
a) Zuständigkeit . . . . .	267
b) Überprüfungsgegenstände . . . . .	267
c) Überprüfungsberechtigung . . . . .	267
d) Überprüfungsgrund . . . . .	267
e) Überprüfungsfrist . . . . .	268
2. Begründetheit und Entscheidung des EuGH . . . . .	268
<b>4. Teil. Ausblick</b>	
<b>§ 13. Herausforderungen der Europäischen Gerichtsbarkeit</b> . . . . .	272
I. Die Europäische Gerichtsbarkeit als (bisheriges) Erfolgsmodell . . . . .	272
II. Die drei Herausforderungen der Europäischen Gerichtsbarkeit . . . . .	275
<b>Sachverzeichnis</b> . . . . .	279